

der Entwicklungsländer, jedoch nicht, dazu war die Bereitschaft der Industrieländer zu groß, den Entwicklungsländern entgegenzukommen. Allerdings sind auch die recht weitgehenden Zugeständnisse Ergebnis eines Kompromisses; hier ist zu bedenken, daß die Forderungen der Entwicklungsländer über die tatsächlich erreichten Zugeständnisse weit hinausgingen. Zeitweise wurde von den Ländern der Dritten Welt sogar der Gedanke verfochten, eine Weltwährungskonferenz außerhalb des Internationalen Währungsfonds (International Monetary Fund, IMF) einzuberufen. Erst nach langem Ringen wurde diese Idee verworfen und eine Einigung derart herbeigeführt, daß der IMF für Diskussion und Lösung der Währungsfragen zuständig ist.

Angesichts der Machtlosigkeit der Entwicklungsländer im internationalen Währungssystem sowie der abnehmenden Leistungswilligkeit der Industrieländer in der Entwicklungshilfe, ging es vor allem um zwei Problemkreise:

1. einmal um die Beteiligung der Entwicklungsländer an den Entscheidungen im Weltwährungssystem,
2. zum anderen um den sog. ›link, d. h. die Verknüpfung der Entwicklungshilfefinanzierung mit den Sonderziehungsrechten (SRZ).

#### *Erweiterung des ›Zehner-Clubs‹*

Das erste Währungsproblem betrifft die Erweiterung des sog. Zehner-Clubs, in welchem die 10 wichtigsten Industrieländer Mitglied sind<sup>5</sup>; dieses Organ, das wichtigste Gremium zur Vorbereitung währungspolitischer Entscheidungen, soll nach dem Willen der Entwicklungsländer auf 20 Mitglieder erhöht werden (›Gruppe der 20‹), wovon 9 Mitglieder Entwicklungsländer sein sollen; als weiteres Mitglied ist Australien vorgesehen. Die Forderung nach Mitspracherecht in diesem für die internationale Währungspolitik so entscheidenden Gremium ist verständlich. Denn währungspolitische Entwicklungen und Entscheidungen wirken sich stark auf die Entwicklungsländer aus, ohne daß diese bisher hinreichende Möglichkeiten haben, darauf Einfluß zu nehmen. Das ist ganz besonders in der letzten Währungskrise deutlich geworden, durch welche die Entwicklungsländer stark betroffen wurden, an deren Management sie jedoch nicht beteiligt waren.

Mit dem Eingehen der Industrieländer auf die Forderung nach Erweiterung des Zehner-Clubs haben sie den Anspruch der Entwicklungsländer auf ein erweitertes Mitspracherecht in der Währungspolitik ausdrücklich anerkannt. Die Erweiterung dieses Gremiums wirft jedoch einige entscheidende Probleme auf. Strittig ist unter den Entwicklungsländern verständlicherweise die Frage der Repräsentation: Welche 9 Entwicklungsländer sollen die rund 100 Länder der Dritten Welt in diesem Organ vertreten? Für das Weltwährungssystem und den Einfluß der Industrieländer hingegen ist es entscheidend, wie die Stimmrechtsverhältnisse in dieser neuen 20er-Gruppe sein werden. In Kreisen der Industrieländer wird übereinstimmend davon ausgegangen, daß entsprechend dem für die Vollversammlung des IMF geltenden Prinzip das Stimmrecht jedes Landes durch einen Schlüssel aus der Wirtschaftskraft sowie aus der Quote beim IMF bestimmt werden wird. Damit bliebe den Industrieländern, als den eigentlichen Trägern des Weltwährungssystems, die bisherige Schlüsselposition erhalten. Die Entwicklungsländer haben jedoch die Forderung nach dem Prinzip ›Ein Land, eine Stimme‹ erhoben, das, so wie die Dinge liegen, jedoch keine Aussicht auf Realisierung haben wird.

Mit einer verstärkten Beteiligung der Entwicklungsländer an der internationalen währungspolitischen Willensbildung ist aber noch ein weiteres Problem berührt, nämlich die noch ausstehende aber bereits in Angriff genommene Reform des Weltwährungssystems. Der Zehner-Club ist auch deshalb von so großer Bedeutung, weil in seinen Händen die langfristige Reform des Weltwährungssystems liegt. Die Entwicklungs-

## Zum Tag der Vereinten Nationen

Bundesminister Dr. Erhard Eppler

Die Welt feiert den 24. Oktober alljährlich als Tag der Vereinten Nationen. Ich freue mich, daß die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen aus diesem Anlaß unser Interesse auf die politische Weltgemeinschaft der UNO lenkt. Die Bundesregierung wird in absehbarer Zeit den Antrag auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen stellen. Damit werden wir alle Rechte, Pflichten und Möglichkeiten eines Vollmitgliedes übernehmen. Die Vereinten Nationen sollen dem Frieden dienen, und sie sollen den Völkern helfen, jedem ihrer Bürger eine Lebenschance zu geben.

Es ist Mode geworden, den Vereinten Nationen anzukreiden, daß sie nicht immer, ja sogar sehr selten, die Macht haben, Kriege zu vermeiden oder Frieden zu erzwingen.

Nur: dieser Vorwurf kommt meist von denen, die den Vereinten Nationen genau die Machtmittel verweigern, die sie dazu brauchen. Die Vereinten Nationen sind genauso wirksam, genauso mächtig, wie die einzelnen Staaten, vor allem die Großmächte, es zulassen. Die Vereinten Nationen können Kriege nicht verhindern, weil die Souveränität der Staaten durch die UNO-Charta unangetastet geblieben ist. Keine Regierung kann gezwungen werden, eine Schlichtung von Streitfällen durch die UNO zu akzeptieren. Der Frieden kann durch das Forum der UNO nur dann gesichert werden, wenn die Regierungen auch tatsächlich bereit sind, die Streitfragen vor die Organisation zu bringen und dort nach Lösungen zu suchen. Die meisten Konflikte berührten unmittelbar immer nur die Interessen einiger weniger Länder. Die UNO hat jetzt 132 Mitglieder. Oft können zwei Beteiligte schneller eine Entscheidung finden als zehn, zehn gelingt es eher als 132. Hinzu kommt der Umstand, daß wir alle noch dazulernen müssen, lernen müssen, daß jeder Konflikt im Grunde alle berührt und nicht nur die unmittelbar Betroffenen. Aber ich will nicht meinen Eindruck verhehlen, daß manches endlose Palaver, bei dem am Schluß nichts herausgekommen ist, weder den Vereinten Nationen noch dem Frieden genützt hat. Aber die Konsequenz daraus ist nicht: Die UN sind überflüssig. Denn es gibt keine Alternative. Die Konsequenz ist: Wir müssen die UN stärker machen!

Es waren geschichtliche Entscheidungen, als die Industrieländer sich entschlossen, ein Stück ihrer Souveränität — nämlich Entwicklungshilfe von Staat zu Staat — nicht nur selbst auszuüben, sondern auch den Vereinten Nationen zu übertragen. Es war die Geburtsstunde einer kleinen neuen Weltgemeinschaft von Mitarbeitern aus allen Kulturen, Staaten und Kontinenten. Diese Gemeinschaft, die sogenannte ›Familie der Vereinten Nationen‹, hat inzwischen in der Stille gearbeitet, Mißtrauen abgebaut und neue Methoden der Zusammenarbeit entwickelt. Der Nullpunkt der Weltorganisation ist durch das entwicklungspolitische Wirken der UNO überwunden. Die ersten Zeichen einer weltweiten und erfolgreichen Gemeinschaftstätigkeit sind unübersehbar. Wenn es darum geht, den Frieden zu entwickeln, sind die Vereinten Nationen erfolgreicher, als wenn sie versuchen, den Frieden zu erzwingen.

Die Faszination der UNO hat dazu geführt, daß aus den 51 Gründerstaaten bis heute 132 Mitglieder wurden. Die jungen Staaten der Dritten Welt betrachteten ihre neuerworbene Selbstständigkeit erst dann als vollkommen, wenn ihr Antrag auf Mitgliedschaft angenommen war.

Es wäre unrealistisch, wollte man leugnen, daß die Vereinten Nationen dazu dienen und dienen werden, Interessengegensätze mit harten politischen Mitteln auszutragen. Die Organisation steht nicht außerhalb der Gesetze der Machtpolitik, sondern mitten in deren Spannungsfeld. Dies sollte aber kein Anlaß für Pessimismus sein. Politik ist immer auch Machtpolitik, fragt sich nur, wie die Gegensätze ausgetragen werden.

Unsere Außenpolitik hat diesem Land einen geachteten, gesicherten Platz in Europa errungen. Wir werden diesen Platz auch in den Vereinten Nationen einnehmen. Das UN-Mitglied Bundesrepublik Deutschland wird die Chance haben, zusammen mit den anderen Mitgliedern das friedliche Zusammenleben der Völker zu stärken und die Lebensqualität des Bürgers zu erhöhen. Die Bundesregierung ist entschlossen, diese Chance zu nutzen. Die Vereinten Nationen sind nötig. Aber sie sind heute noch schwächer, als dies nötig wäre. Das ist kein Grund zu billigem Spott. Das ist ein Grund, sie stärker zu machen.